



TRUDEAU 2.0 UND DIE SCHWIERIGE 2. AMTSZEIT

Justin Trudeau mit Barack Obama im März 2016

2+2 in Kanada

Kanada nach der Wahl. Premierminister Trudeau, der beim letzten Urnengang noch alles überstrahlende Shooting Star an der Spitze der Liberal Party, büßt viele Stimmen und Mandate ein und wird auf eine Minderheitsregierung reduziert, die auf die Duldung durch die Sozialdemokraten angewiesen ist.

Von **Martin Bolkovac**

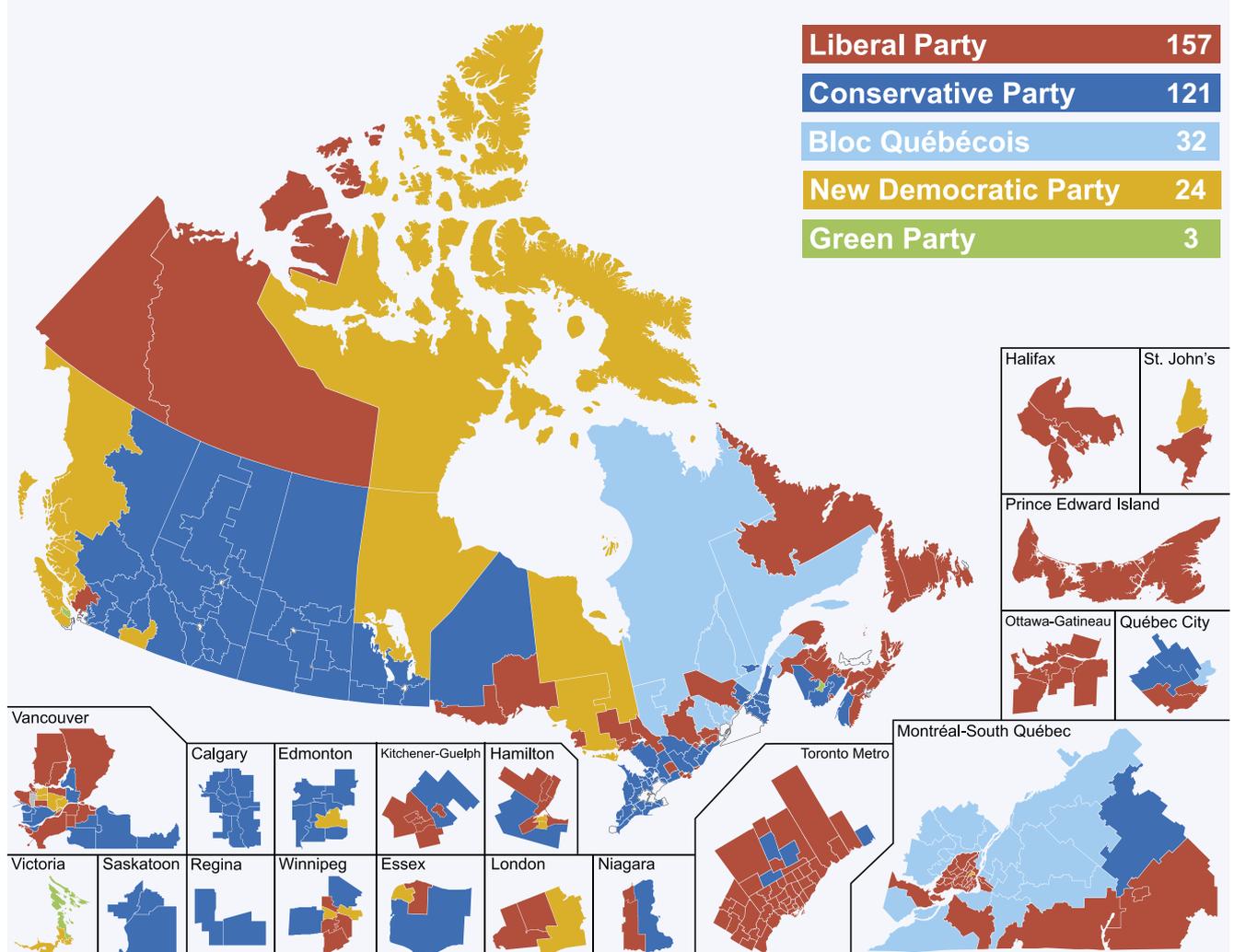
Oktober 2019. Wir erleben eines der bemerkenswertesten Déjà Vus der jüngeren kanadischen Geschichte. Justin Trudeau verliert wie einst sein Vater, Pierre Trudeau, bei seiner Wiederwahl die absolute Mehrheit im Parlament. Genau wie sein Vater, dessen Popularität Ende der 1960er Jahre einst sogar als „Trudeaumania“ bezeichnet worden war, verlor auch dessen Sohn nach seiner ersten Amtsperiode viel von seiner anfänglichen Strahlkraft und musste sich mit 33,1% der abgegebenen Stimmen sogar mit Platz 2 hinter den Konservativen (34,4%) begnügen. Nur das relative Mehrheitswahlrecht rettete Justin Trudeau somit sein Amt und die relative Mehrheit an Mandaten. Wie einst sein Vater vor ihm ist auch Justin Trudeau auf die Unterstützung der sozialdemokratischen NDP (New Democratic Party) angewiesen. Die Ironie bei der Geschichte: Justin Trudeau hat sich bei der Wahl 2015 eigent-

lich für die Abschaffung des relativen Mehrheitswahlrechtes stark gemacht und ein Verhältniswahlrecht gefordert. Nun rettete ihm ausgerechnet die Tatsache, dass er dieses Wahlversprechen nicht einlöste, sein Amt.

„Blackfacing“ und Einmischung in die Justiz

Justin Trudeau war wegen eines „Blackfacing“-Skandals um ein 18 Jahre altes Foto, das ihn als Mittzwanziger mit dunkel geschminkter Haut und Turban auf einem Maskenball zeigt, sowie einer Affäre um politische Einmischung in die Justiz vor den Wahlen im September 2019 politisch angeschlagen.

„Blackfacing“ stammt ursprünglich aus dem rassistischen Theater der Kolonialzeit. Weiße Schauspieler malten ihre Gesichter schwarz an, schminkten sich lächerliche Gesichtszüge auf und



Ergebnisse der Kanadischen Unterhaus-Wahlen 2019

verhöhnten die Schwarze Bevölkerung. „Blackfacing“ wird auch in Österreich mittlerweile nicht mehr einhellig als Kavaliersdelikt betrachtet. Wir erinnern uns: 2014 verließ Richard Lugners Opernballgast Kim Kardashian aus Ärger über einen Moderator, der sich mit Blackface als ihr Mann verkleidet hatte, die Staatsoper. Lugner selbst blickte 2018 mit Blackface und aufgesetzt dümmlichem Blick als Barack Obama-Personifizierung von einem Werbeplakat, was einige Empörung auslöste. Auch über die Legitimität von schwarz geschminkten Sternsingern wird immer öfter diskutiert.

Tatsache bleibt, dass vor 18 Jahren, als Trudeau sich maskiert hatte, dieser Sensibilisierungsprozess auch in Nordamerika noch nicht abgeschlossen war. Sowohl im US-amerikanischen als auch im kanadischen Fernsehen traten um die Jahrtausendwende etwa noch namhafte Comedians mit Blackface im Fernsehen auf. Justin Trudeau hat sich glaubhaft für seine unpassende Maskerade entschuldigt. Und wenn die ganze Diskussion etwas Gutes hervorgebracht hat, dann die Erkenntnis, dass wohl kein seriöser kanadischer Politiker oder Politanwärter mehr in unsensiblen Verkleidungen auf Maskenbällen auftauchen wird.

Der Vorwurf der politischen Einmischung in die kanadische Justiz sitzt tiefer. Anfang 2019 traten die beiden Ministerinnen Jody Wilson-Raybould und Jane Philpott zurück. Sie warfen Trudeau vor, er habe versucht, eine Klage gegen das kanadische Unternehmen SNC Lavalin wegen Schmiergeldzahlungen an die Familie des ehemaligen libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi zu verhindern. Eine Klage hätte den Konzern ein Jahr lang von staatlichen Aufträgen ausgeschlossen und so auch bis zu 9.000 Arbeitsplätze in Trudeaus eigenem Wahlbezirk gefährdet. Justizministerin Wilson-Raybould wurde von ihrem Posten als Generalstaatsanwältin Anfang 2019 entlassen und trat in Folge dessen aus dem Kabinett zurück. Das war insbesondere deshalb brisant, weil Wilson-Raybould die erste

indigene Frau war, die es je in Kanada so weit gebracht hat. Das ausgerechnet der ausgesprochene Anti-Rassist Trudeau zweimal wegen – für viele Beobachter – inakzeptablem Verhalten gegenüber Angehörigen von Minderheiten in die Schlagzeilen geriet war für diesen besonders bitter.

Guter Start

Dabei hatte alles sehr vielversprechend begonnen: Mit seinem Box-Schaukampf gegen einen konservativen Senator, den auffälligen bunten Motivsocken, mit denen er aus dem Einheitsgrau seiner Amtskollegen hervorstach, und zuletzt seiner effektvollen Kleiderschau auf einer Indienreise – Trudeau und seine Familie waren stets in den traditionellen, bunten Gewändern der verschiedenen Regionen gekleidet, die sie gerade besuchten – brachte er Abwechslung und Spaß in den grauen Politalltag. Hier hatte er viel von seinem Vater gelernt, dessen lustvolles Pirouettendrehen hinter Queen Elisabeth II bis heute im kollektiven Gedächtnis kanadischer Fernsehzuschauer verhaftet ist.

Als Sohn eines der populärsten und längstdienendsten kanadischen Premierministers¹ ist er natürlich immer unter Druck, den großen Fußstapfen gerecht zu werden. Dass ausgerechnet der ehemalige US-Präsident Richard Nixon einst scherzhaft prophezeite, dass Justin Trudeau einmal Premierminister von Kanada werden würde, war symbolträchtig. Die Paarung Donald Trump/Justin Trudeau ist ebenso konfliktreich wie einst jene Pierre Trudeaus mit Richard Nixon. Pierre Trudeau legalisierte Homosexualität und Abtreibung und kritisierte die US-amerikanische Kriegsführung in Vietnam. Er war das liberale Gegengewicht zum Republikaner Nixon. Sein Sohn ist ein vehementer Kritiker von Trumps Außen-

¹ Pierre Trudeau regierte von 1968 bis 1979 und nach einer kurzen Unterbrechung noch einmal von 1980 bis 1984.

und Migrationspolitik, was diesen dazu veranlasste, Trudeau als den schlechtesten Präsidenten, den Kanada je hatte, zu bezeichnen.² Sein 1994 verstorbener Parteikollege und Vorgänger Richard Nixon hätte zumindest gewusst, dass es in Kanada keine Präsidenten gibt ...

Justin Trudeaus Regierung verfolgte von Anfang an eine Null-Toleranz-Politik hinsichtlich sexueller Übergriffe. Trudeau forderte eine geschlechtsneutrale Sprache und besetzte sein Kabinett paritätisch mit Männern und Frauen und gleichzeitig mit Angehörigen verschiedener Minderheiten: Ureinwohner, Sikhs, Muslime, Schwarze, Menschen mit Behinderung ... Sie alle sollten in der Regierung vertreten sein und sich vertreten fühlen. 2017 ernannte Trudeau schließlich die angesehene ehemalige Astronautin Julie Payette zum Governor General, dem kanadischen Staatsoberhaupt. Migration, Armutsbekämpfung und Klimawandel sind auch für Payette Kernanliegen. Maßnahmen wie die Legalisierung von Cannabis in ganz Kanada oder die Ausweitung der bezahlten Elternkarenz von 12 auf 18 Monate trugen weiter zu Justin Trudeaus Image als progressiv-liberalem Reformier bei. Kritiken, die ihn unter anderem als „Paris Hilton der kanadischen Politik“ verspotteten, schienen zunächst völlig abzurutschen. Es war nämlich nicht nur alles optischer Schein und Show. Trudeau hinterließ inhaltlich deutliche Spuren in der Sozial-, Umwelt- und Migrationspolitik.

Sozialpolitik

Die Regierung Trudeau ist innerhalb der Industriestaaten eine der wenigen, die im Zuge einer Pensionsreform das Eintrittsalter nicht weiter an hob, sondern senkte. Die von seinem konservativen Vorgänger Stephen Harper beschlossene Anhebung des Pensionsantrittsalters von 65 Jahren auf 67 Jahre wurde von Justin Trudeau wieder rückgängig gemacht. Zusätzlich wurde die Nettoersatzrate der Pensionen deutlich erhöht. Die zuletzt angestiegene Altersarmut konnte so wieder gesenkt werden. Kanadas Werte sind hier weit unter dem OECD-Schnitt und wahrscheinlich auch besser als jene hierzulande.³

Das kanadische Pensionssystem ist ein Mischmodell aus Versicherungsleistung und steuerfinanzierter Säule. Bis zu einem Jahreseinkommen von Can\$ 126.000,- bekommt jeder Pensionist, der sich mindestens 10 Jahre lang in Kanada aufgehalten hat, eine Grundpension. Nachdem nur 4% der kanadischen Bevölkerung über Einkommen jenseits dieser Schwelle verfügen, kann man im Grunde von einem de facto Grundeinkommen im Alter sprechen. Die Leistung wird beim Erreichen des Pensionsantrittsalters völlig unabhängig von den jeweils abgeführten Versicherungsbeiträgen zuerkannt.

Auch das steuerfinanzierte kanadische Gesundheitssystem weist im OECD-Schnitt nach wie vor gute Werte auf und kennt keine Selbstbehalte bei der ärztlichen Versorgung sowie bei Spitalsaufenthalten. Privatspitäler dürfen nicht mehr verlangen als öffentliche, außer die Behandlung wird vom öffentlichen Gesundheitssystem nicht angeboten. Die Medikamentenkosten müssten zwar theoretisch selbst bezahlt werden, jedoch bieten alle Provinzen und Territorien öffentliche und private Versicherungspläne in unterschiedlichem Umfang an, die jedenfalls die Selbstbehalte reduzieren. Generell sind die Preise für Medikamente in Kanada niedriger als im südlichen Nachbarn USA, weswegen viele US-Amerikaner zum Medikamenten-Shopping über die Grenze kommen.

In Trudeaus erster Amtszeit wurden die finanziellen Mittel vor allem für die Pflege und Betreuung daheim, Palliativbetreuung sowie Versorgung psychisch kranker Menschen deutlich angehoben. Für seine zweite Amtszeit verspricht der Premierminister

die Schaffung einer universalen Medikamentenversicherung. Hier kann er mit der Unterstützung der Sozialdemokraten und Grünen rechnen und mit dem Widerstand der Privatversicherungen. Unterdurchschnittlich bleibt im internationalen Vergleich allerdings nach wie vor die Performance bei den langen Wartezeiten auf ärztliche Behandlung, sowohl im niedergelassenen Bereich als auch in den Spitälern. Hier scheint auch die Regierung Trudeau, wie ihre Vorgängerregierungen, keine adäquate Lösung anzubieten.

Die Arbeitslosenversicherung („Employment Insurance“) ist im Gegensatz zum Pensions- und Gesundheitssystem kein sozialpolitisches Ruhmesblatt für Kanada. Das Arbeitslosengeld ist niedrig, die Auszahlungsdauer meistens recht kurz und es ist nicht geeignet, die Armutsquote der Menschen im erwerbsfähigen Alter zu reduzieren. Laut OECD beträgt diese derzeit 12% (Österreich: 10%). Ein großes Problem stellt die Tatsache dar, dass bei Selbstkündigung überhaupt kein Leistungsanspruch besteht.

Vor allem die Sozialdemokraten drängen auf eine Reform der Employment Insurance. Zwar gehört die Arbeitslosenversicherung in den Zuständigkeitsbereich der Provinzen, doch kann Ottawa Mindeststandards festlegen. Die Regierung von Justin Trudeau verkürzte in ihrer ersten Amtsperiode immerhin die Wartedauer auf den Bezug der Leistung von zwei auf eine Woche und erhöhte die erlaubten Zuverdienstgrenzen.

CO2-Steuer

Ein großer Fortschritt im Bereich der Klimapolitik war die bundesweite Etablierung einer CO₂-Steuer. In der kanadischen Provinz British Columbia (BC) wurde eine solche bereits im Juli 2008 auf fossile Brennstoffe eingeführt und deren Aufkommen zur Reduzierung der Einkommensteuer verwendet. Der Steuersatz wurde schrittweise gesteigert. Seit Einführung der Steuer ist der Pro-Kopf-Verbrauch fossiler Brennstoffe in B.C. signifikant zurückgegangen, während er im übrigen Kanada gestiegen ist.

Durch die positiven Effekte in B.C. motiviert, setzte die Regierung Trudeau eine bundesweite Version der Steuer um. Auch diese Variante ist mit einer Reduzierung der Einkommensteuer verknüpft, die sich aus dem durchschnittlichen Haushaltsverbrauch der jeweiligen Provinz errechnet – Menschen, die im ländlichen Raum leben, bekommen so eine höhere Reduktion zuerkannt. Der einzelne Bürger Kanadas zahlt die Steuer nicht direkt, sie wird ihm über die Preise der besteuerten Produkte von den Unternehmen weitergegeben.

Konservativ regierte Provinzen wie Alberta machen gegen die Steuer und die ihrer Meinung nach zu aggressive Rhetorik von Justin Trudeau gegen die Ölindustrie mobil und wollen sie vor dem Verfassungsgerichtshof wegen Kompetenzüberschreitung der Bundesregierung anfechten. Ganz unabhängig von der landes- bzw. weltweiten Relevanz des Klimawandels wird es allerdings schwer sein, juristisch zu argumentieren, es handle sich bei einer Ökosteuer um die Angelegenheit der Provinzen. Das Land bleibt in dieser Frage jedenfalls gespalten. Die Erdölindustrie ist eine wesentliche Säule der kanadischen Wirtschaft, das Land ist der drittgrößte Erdöl-Produzent weltweit. Zehntausende Kanadier arbeiten in diesem Sektor, vor allem in den Provinzen Alberta und Saskatchewan. Hier erhielten Trudeaus Liberale keinen einzigen Sitz.

Migration

Justin Trudeaus Tweet von 2017, als Reaktion auf die Abschottungspolitik von US-Präsident Donald Trump, vor allem gegenüber Muslimen, ging sprichwörtlich um die Welt:

“To those fleeing persecution, terror & war, Canadians will welcome you, regardless of your faith. Diversity is our strength #WelcomeToCanada.”

² „Trudeau is easily Canada’s worst president yet.“

³ Die OECD hat keine aktuellen Zahlen, welche die Situation nach dem Ende der ersten Amtszeit von Justin Trudeau zeigen bzw. jene in Österreich nach der kurzlebigen schwarz-blauen Regierung.

Kanada hat 50.000 syrische Flüchtlinge willkommen geheißen und auch viele Geflohene aus anderen Ländern, die auf dem Landweg quer durch die USA nach Kanada gekommen sind. Nach einer aktuellen Umfrage sagen immerhin 57% der Kanadier, dass ihr Land noch mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte als bisher. Trudeau erhöhte nicht nur die Flüchtlingsquote sondern die Migrationsquote generell. In Zukunft sollen jährlich 1% der kanadischen Bevölkerung neu zuwandern dürfen. Das bedeutet bei einer aktuellen Bevölkerung von über 37 Millionen Menschen eine jährliche Zuwanderung von 370.000 Menschen. Auch bei der Familienzusammenführung wurden Erleichterungen beschlossen.

Die Mehrzahl der Neuankömmlinge zieht es, so wie man es auch in vielen anderen Ländern beobachten kann, in die größte Stadt des Landes, das ist im Falle Kanadas Toronto. 48% der Einwohner Torontos wurden nicht in Kanada geboren. Das ist ein Wert, der zum Beispiel auch über jenem Wiens (40%) oder anderer europäischer Großstädte liegt.

Trudeau hat sich im Wahlkampf auch vehement gegen die Gesetzesreformen der französischsprachigen Provinz Québec gestellt. Dort wurde es Angehörigen des öffentlichen Dienstes, wie Lehrern, Polizisten, Richtern etc. untersagt, religiöse Symbole zu tragen. Diese Form von Säkularisierung hat in Kanada wenig Tradition. Außerdem war klar, dass das Hauptziel der sogenannten Bill 21 Frauen, die Kopftücher tragen, waren. Angesichts des zunehmenden antimuslimischen Rassismus in Québec war das für Trudeau das völlig falsche Signal an muslimische Kanadier. Unterstützung bekam der Premierminister bei diesem Thema unter anderem von Jagmeet Singh, dem Parteivorsitzenden der kanadischen Sozialdemokraten (NDP/New Democratic Party). Als Sikh trägt dieser mit seinem Turban selbst permanent ein religiöses Symbol und ist der erste Parteichef einer kanadischen Parlamentspartei, der einer „visible minority“ angehört.

Bildung

Das kanadische Bildungssystem gilt international als eines der besten. Zwar ist es im Grunde im Kompetenzbereich der Provinzen, doch sind die Standards bundesweit sehr hoch. Die Quote der Universitätsabsolventen ist eine der höchsten aller Industriestaaten. Das als Gesamtschule konzipierte Ganztageschulsystem bietet auch Kindern von Eltern mit Migrationshintergrund und aus bildungsferneren Schichten gleichwertige Chancen. Daher sind im Gegensatz etwa zu Mitteleuropäischen Ländern wie Österreich und Deutschland kaum Unterschiede im Leistungsniveau auf Grund der Herkunft der Kinder feststellbar. Auch die jüngste PISA-Studie, deren Ergebnisse im Dezember 2019 veröffentlicht wurde, bestätigte neuerlich die guten Outputs des kanadischen Systems und eine Platzierung in den vordersten Rängen. Für Justin Trudeau ist es daher eine Selbstverständlichkeit, seine drei Kinder in eine öffentliche Schule zu schicken und für eine ausreichende Finanzierung des öffentlichen Bildungssystems einzutreten.

Steuerpolitik

Steuerpolitisch blieb Trudeau dem klassisch liberalen Ansatz treu: In seiner ersten Amtszeit setzte er Steuererleichterungen für die Mittelschicht durch, in dem er den zweitniedrigsten Grenzsteuersatz von 22% auf 20,5% senkte. Diese Steuersenkung wurde unter anderem aus zwei Gründen kritisiert. Von links kam die Kritik, dass einerseits auch die obere Mittelschicht entlastet würde, während man andererseits den Eingangsteuersatz von 15% unangetastet ließ und damit die Steuern der kleinsten Einkommen gleich blieben.

Die Konservativen kritisierten dagegen die Aufhebung des von Trudeaus konservativem Vorgänger Stephen Harper eingeführten

Familienplittings, das die Gesamteinnahmen eines Haushaltes als Steuerbasis heranzog. Dies führte oft dazu, dass etwa Familien mit einem gut verdienenden Vater, einer teilzeitbeschäftigten Mutter und zwei Kindern überproportional entlastet wurden, während Familien mit zwei Vollzeitverdienern vom Splitting kaum profitierten. Weil es nach wie vor nur sehr wenige Familien gibt, wo die Frauen explizit mehr verdienen als ihre männlichen Partner, verfestigte das Familienplitting traditionelle Familienstrukturen mit alleinverdienendem Mann und geringfügig oder gar nicht beschäftigter Frau. Umso mehr der Mann verdiente, umso größer seine Steuerentlastung, wenn er Teile seines Einkommens zu seiner Frau verschob, die sich in einer niedrigeren Steuerklasse befand.

Für seine zweite Amtszeit verspricht Trudeau jedenfalls als nächsten Schritt auch eine spürbare Steuerentlastung für Menschen in den untersten Einkommensgruppen.

Reformen abgewählt?

Bedeutet die Stimmenmehrheit für die Konservativen bzw. die deutlichen Verluste der Liberals nun eine Abwahl des progressiven Reformkurses, den Kanada in den letzten Jahren konsequent eingeschlagen hat? Angesichts der Tatsache, dass die vier liberalen und linken Parteien (Liberals, NDP, Greens, Bloc Québécois) gemeinsam über 63% der abgegebenen Stimmen erhalten haben, müsste jeder seriöse Politbeobachter hier mit nein antworten. Die rechtspopulistische People`s Party of Canada, die mit einem Programm irgendwo zwischen AFD und FPÖ angetreten war, erwies sich mit 1,6% Stimmenanteil überhaupt als Rohrkrepierer. Kanada hat wieder einmal mit riesiger Mehrheit linksliberal gewählt, und das dürfte, unabhängig von der jeweiligen Popularitätsrate von Premierminister Trudeau und den Stimmenanteilen seiner Partei, wohl auch noch länger so bleiben.

Trudeau ging unterdessen mit neuem Look ins neue Jahr. Als erster Premierminister seit 1896 ließ er sich einen Vollbart stehen – und ist wieder einmal wegen seines Aussehens in allen in- und ausländischen Medien präsent. Der letzte barttragende Premierminister, Mackenzie Bowell, ging übrigens unter anderem wegen seines Einsatzes für religiöse Minderheiten in die Geschichte ein. Damals handelte es sich hierbei um Katholiken ...

Eine große Chance gibt es jetzt aber für die Sozialdemokraten, welche sich die Unterstützung von Trudeaus Minderheitsregierung mit diversen Zugeständnissen abkaufen lassen können. Jagmeet Singh hat im Wahlkampf unter anderem eine deutliche Anhebung des Mindestlohnes gefordert, die Reduzierung der Steuerabsetzmöglichkeiten für obere Einkommensbezieher sowie die Streichung der Subventionierung fossiler Energieträger. Und bei der Arbeitslosenversicherung fordern die Sozialdemokraten einen höheren Mindestsatz sowie generell höhere Ersatzraten und einen leichteren Zugang zu der Leistung. Eine große Herausforderung wird aber zweifelsohne der Graben zwischen den Prairieprovinzen und den östlichen Provinzen, der sich inhaltlich am Themenkomplex ökologische Reformen versus Erdölförderung manifestiert, darstellen. Dem kanadischen Parlamentarismus stehen jedenfalls spannende Zeiten bevor ...

Dr. Martin Bolkovac ist derzeit Projektkoordinator in der Österreichischen Gesundheitskasse. Zuvor war er unter anderem in der Grundlagenabteilung der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier) und als Universitätslektor für Vergleichende Politikwissenschaft mit Forschungsschwerpunkt Internationale Sozialpolitik und Kanada tätig.

E-Mail: martin.bolkovac@oegk.at